



Die Hersteller von Solaranlagen fürchten um ihren Absatz, wenn die Bundesregierung wie geplant die Einspeisevergütung für Solarstrom senkt.

Foto: ddp

Solarwirtschaft warnt vor Jobabbau

Kritik an Röttgens Plänen: Photovoltaikhersteller fordern langsamere Senkung der Einspeisevergütung

Dresden (DNN). Die sächsische Solarbranche fürchtet um Arbeitsplätze und ihre Konkurrenzfähigkeit. Das erklärten sie gestern in Dresden mit Blick auf die Pläne von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der die Förderung von Solarstrom drastisch herunterfahren will. Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) erklärte, er wolle sich bei seinem heutigen Treffen mit Vertretern des Bundes in Berlin für Korrekturen am Entwurf einsetzen.

Röttgen hatte angekündigt, dass ab April und Juni die festgelegte Vergütung für die Einspeisung von Solarstrom um 15 bis 16 Prozent fallen soll, nachdem zum Jahreswechsel bereits eine Kürzung um neun Prozent erfolgte. 2011 ist eine weitere Kürzungsrunde geplant. Das hält Wolfgang Daniels, Präsident der

Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien für nicht vertretbar. Zumal Ostdeutschland von dieser Regelung besonders betroffen wäre, weil hier der Schwerpunkt der Branche liegt, erklärte er. Allein in Sachsen hätten 2009 rund 5440 Beschäftigte der Solarbranche gut zwei Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Es sei erklärtes Ziel der Hersteller, dem Endverbraucher in den nächsten fünf Jahren die Kilowattstunde Solarstrom zum gleichen Preis anzubieten wie konventionell erzeugten Strom. Bis dahin müsse die Technologie jedoch ausreichend gefördert werden.

„Die Photovoltaikhersteller brauchen Planungssicherheit“, sagte Morlok vor dem heutigen Treffen in Berlin. Der Umfang der Förderungskürzung sei zu groß. Frank Schneider, Vorstandsvorsitzender der Solarwatt Dresden, sagte, die Pläne

gefährdeten das Ziel, Solarstrom zu einer festen Größe im deutschen Energiemix zu machen. Nötige Investitionen würden ausfallen, die Produktion teilweise stillgelegt oder ins Ausland verlegt.

Diesen Trend bestätigte auch Bernd Rau, Vorstand des Photovoltaik-Herstellers Roth & Rau. Bisher würde das Unternehmen vor allem in Deutschland produzieren, obwohl mehr als 75 Prozent der Erzeugnisse im Ausland verkauft würden. Durch die qualitativ hochwertige Konkurrenz aus den USA und Asien müsse in Zukunft mehr im Ausland produziert werden. „Das wird sich zwangsläufig ergeben“, so Rau. Zu starke Kürzungen würden diesen Trend verschärfen. Das Unternehmen beschäftigt derzeit rund 900 Mitarbeiter, davon 650 in Sachsen.

Mehr Geld für die Forschung in der Solarindustrie forderte Volker Kirchhoff vom

Fraunhofer Institut für Elektronenstrahl- und Plasmatechnik Dresden. „Wir sind Weltspitze, aber wenn wir das bleiben sollen, brauchen wir Geld für die Forschung.“ Das sei gerade für die ostdeutschen Länder ein Aspekt, der ihre wirtschaftliche Zukunft mitbestimme.

Daniels hofft, dass die Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen ihren Einfluss auf die Bundesregierung geltend machen und eine Änderung von Röttgens Plänen erwirken. „Alle sind sich einig, dass die staatliche Garantie auslaufen muss.“ Jedoch müsse dies in verträglichem Maße geschehen. Auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hatte für eine moderatere Senkung der Solarförderung geworben. Unterstützung erhielt er aus den Reihen von SPD, Grünen und der Linken.

Matthias Winkelmann